

Sexueller Missbrauch: «Andere Themen sind für den Papst zentraler»

Der oberste Kinderschützer des Vatikans glaubt, die Katholische Kirche habe grosse Fortschritte gemacht im Kampf gegen Verbrecher in den eigenen Reihen. An Papst Franziskus hat er dennoch eine ganz konkrete Forderung.

Interview: Virginia Kirst, Rom

Pater Hans Zollner, 55, ist der oberste Kinderschützer im Vatikan und ein enger Berater des Papstes in Missbrauchsfragen. Seit kurzem leitet er das Safeguarding Institute in Rom, das Kirchenmitarbeiter dazu ausbildet, Missbrauchsfälle zu verhindern. Die Enthüllungen im Oktober über den Missbrauch an bis zu 330 000 Kindern und Jugendlichen in der französischen Kirche haben dem Thema eine neue Dynamik verliehen. Noch im selben Monat wurde das Safeguarding Institute gegründet.

Findet das Thema Missbrauch im Vatikan genug Beachtung?

Hans Zollner: Man muss bedenken, wie weit wir schon gekommen sind. 2012 haben wir in Rom an der Universität Gregoriana den ersten Kongress für die Führungsebene der Katholischen Kirche zu Missbrauchsfragen abgehalten. 2019 folgte der zweite Kinderschutzgipfel; diesmal auf Einladung des Papstes im Vatikan. Franziskus hat alle Sitzungen besucht und die Abschlussrede gehalten. Klar ist, dass der Vatikan das Thema Missbrauch nicht länger abtut.

Aber an den Strukturen in der Katholischen Kirche, die diesen Missbrauch hervorgerufen haben, hat sich nichts geändert.

Bald nach der Konferenz wurde ein neues Kirchengesetz erlassen. Es bestraft die Vertuschung von Missbrauch durch Leitungsfiguren in der Kirche. Ausserdem darf das päpstliche Geheimnis nicht mehr bei Missbrauchsfällen angewandt werden. Das heisst: Wenn ein Staatsanwalt oder eine Regie-



Mit einem neuen Institut in Rom will die Katholische Kirche das Missbrauchsproblem bekämpfen. Bild: Getty

«Italien hat ein grosses Problem, wenn es um den Schutz von Kindern und Jugendlichen geht.»



Pater Hans Zollner
Leiter Safeguarding Institute

rung Akten anfordert, müssen die jetzt rausgerückt werden.

Sind diese Änderungen Papst Franziskus' Verdienst?

Er hat die Rechenschaftspflicht und Transparenz auf ein ganz neues Niveau gehoben. Franziskus hat auch neue Themen wie etwa den Missbrauch an Ordensfrauen durch Priester auf die Agenda gesetzt und sich immer wieder mit Opfern getroffen. Ich war selbst schon als Übersetzer dabei, als er Missbrauchsoffer traf. Ich habe gesehen, wie er sie aufnimmt, ihnen zuhört, sich alles sagen lässt und Wutausbrüche erträgt.

Papst Franziskus hat aber auch grosse Fehler gemacht. Etwa, als er 2018 die Miss-

brauchsanschuldigungen gegen einen Priester in Chile nicht ernst genommen hat, die sich später als wahr erwiesen haben.

Dafür hat er sich entschuldigt. Er sagt selbst, dass er eine steile Lernkurve hinter sich hat. Man darf nicht vergessen, dass er aus Argentinien kommt und 85 Jahre alt ist. Er gehört einer anderen Generation an, und andere Themen sind für ihn zentraler. Die Armut etwa, die sozialen Ungerechtigkeiten, Fragen der Migration und der Ökologie stehen für ihn an erster Stelle.

Was müsste der Papst zusätzlich unternehmen?

Aus unserer Sicht bräuchte es viel mehr Konsequenz bei der Einforderung dessen, was durch

die Gesetze schon möglich ist. Er könnte den Betroffenen etwa einen Platz im Prozessrecht verschaffen.

Und was sollen die Verantwortlichen in der Katholischen Kirche weltweit inskünftig anders machen?

Die ethisch-moralische Verantwortung hat in der Kirche eine andere Dimension als in einem Sportverein oder einer staatlichen Schule. Daraus müssen wir Konsequenzen ziehen. Doch wir dürfen nicht vergessen, dass es schon sehr viele Leute in der Katholischen Kirche gibt, die dafür sorgen, dass sie für Kinder und Jugendliche ein sicherer Ort ist.

Sie weisen immer wieder auf die Verantwortung der Landeskirchen bei der Missbrauchsaufarbeitung hin. Nachdem gerade die französische Kirche einen Missbrauchsbericht vorgelegt und die portugiesische Kirche die Aufarbeitung angekündigt hat, haben Sie die italienische Bischofskonferenz aufgerufen, es ihnen gleichzutun. Ohne Erfolg.

Die italienische Kirche ist Teil der italienischen Gesellschaft, und diese hat sich bisher noch nicht dem Thema gestellt. Ich glaube, das liegt an den kulturspezifischen Elementen. «Non fare brutta figura» («Mach ja keine schlechte Figur») ist hier ein Lebensmotto.

Auch in anderen Ländern macht man nicht gern eine schlechte Figur.

Aber in Italien ist es das elfte Gebot. Es gilt, Skandale um alles in der Welt zu verhindern. Wenn es um den Schutz von Kindern und Jugendlichen geht, ist das ein grosses Problem.

Omikron: Madrid feiert, China mit neuer Schock-Strafe

Omikron setzt seinen weltweiten Siegeszug fort. Die Mutante ist in den USA, den Niederlanden und in Grossbritannien inzwischen die dominierende Virus-Variante. In der Schweiz hat sie entscheidend zum neuen Rekordwert von 17 634 Neuansammlungen am Dienstag geführt. Mehr als die Hälfte der Ansammlungen sind laut dem Bundesamt für Gesundheit auf Omikron zurückzuführen. Dennoch schreibt Alain Berset auf Twitter, dass derzeit keine neuen Massnahmen geplant seien.

Auch der britische Premierminister Boris Johnson lässt sich von den Rekordzahlen nicht von seinem Kurs abbringen. Johnson sieht trotz rasant steigender Zahlen in Grossbritannien keinen Grund, die Massnahmen zu verschärfen. Stattdessen fordert er seine Landsleute auf, sich rasch boostern zu lassen. Das Sorge «für deutlich mildere Verläufe der Infektionen». Pubs, Discos und Theater bleiben in England weiter offen.

Auch in Spaniens Hauptstadt Madrid sind die Kneipen brechend voll. Fussballspiele und Konzerte laufen ohne jegliche Corona-Beschränkungen. Das Nachtleben pulsiert. Madrids konservative Landesfürstin Isabel Ayuso sieht weiter keinen Grund zur Beunruhigung. Sie betont: «Keine Schliessungen, keine Verbote. Die Restriktionen bringen nichts.» Die Regierung hat allerdings die Isolationsdauer für Covid-Erkrankte von zehn auf sieben Tage reduziert, um einen Kollaps der Wirtschaft zu verhindern.

Zu radikalen neuen Methoden greift China. Mindestens vier mutmassliche Regelbrecher der strengen Corona-Massnahmen sind in der Stadt Jingxi im Süden des Landes öffentlich zur Schau gestellt worden. Wie Staatsmedien am Mittwoch berichteten, wurden die Beschuldigten in weissen Schutzanzügen und umgehängten Plakaten mit Namen und Fotos darauf vor einer grossen Menschenmenge vorgeführt. (sas/ze)

Warum Elon Musks Satelliten eine wachsende Gefahr darstellen

Mehrmals sind SpaceX-Satelliten der chinesischen Raumstation dieses Jahr viel zu nahe gekommen. Im All wird es gefährlich eng.

Fabian Kretschmer, Peking

Elon Musk und China, das ist eine gleichzeitig von Bewunderung und Verachtung geprägte Beziehung. Bislang haben die beiden Seiten nur in irdischen Belangen die Klänge gekreuzt. Nun aber hat die Fehde des Tesla-Bosses mit der Volksrepublik das Weltall erreicht: Die Regierung in Peking wirft Musks Weltraumkonzern SpaceX vor, mit einem ihrer Satelliten der chinesischen Raumstation Himmelspalast gefährlich nahe gekommen zu sein.

Am 1. Juli und am 21. Oktober habe sich der Satellit Starlink-1095 der Raumstation auf bis zu vier Kilometer genähert und damit klar die Abstandsregeln verletzt. Zweimal musste man regelrechte Ausweichma-

növer ausführen, um das Leben der eigenen Astronauten zu retten, klagt Peking. Eine entsprechende Beschwerde hatte China kurz zuvor bei der UNO-Weltraumbehörde eingereicht.

Der Vorwurf scheint schwerwiegend – und auf den ersten Blick unnötig: Als Laie möchte man doch meinen, dass es im All genügend Platz gebe, um sogenannte «close encounters» (Beinahe-Kollisionen) zu vermeiden. Tatsächlich jedoch wird es auch im Weltraum zunehmend eng.

Musk will mehr als 40 000 Satelliten im All platzieren

Woche für Woche kommt es zu mehreren tausend «close encounters» – und für nahezu die Hälfte von ihnen zeichnet Elon Musks Firma SpaceX verantwortlich. Fast im Wochentakt

entsendet SpaceX neue Satelliten ins All. 1752 Musk-Satelliten umkreisen derzeit die Erde. SpaceX hat von der amerikanischen Regierung bereits die Genehmigung für insgesamt fast 12 000 Satelliten erhalten. In naher Zukunft sollen gar über 40 000 Himmelskörper im Auftrag von Elon Musk um die Erde kreisen.

Mit dem Satellitenetz will der zeitweilen reichste Mann der Erde blitzschnelle Internetverbindungen anbieten können. Doch das schnelle Netz ist gefährlich: Laut Schätzungen der University of Southampton wird SpaceX schon bald für 90 Prozent aller Beinahe-Kollisionen verantwortlich zeichnen.

Der Streit zwischen China und Musk hat auch mit dem politisch aufgeladenen Klima zwischen Washington und Peking



Nützlich und gefährlich: Die Satelliten des US-Unternehmens SpaceX. Bild: SpaceX

zu tun. Der Konflikt überträgt sich mit den jüngsten Fast-Kollisionen in den weitgehend rechtsfreien Raum im All.

Musks freundschaftliche Botschaft an Peking

Dabei sind die USA nicht alleine für die wachsende Gefahr von Zusammenstössen verantwortlich. Der Astrophysiker Jonathan McDowell von der Harvard-Universität sagt: «Auch die Internationale Raumstation ISS musste im Laufe der Jahre mehrmals chinesischem Weltraumschrott ausweichen. Es ist also keine Seite frei von Schuld.»

Dass China jetzt bei der UNO Beschwerde einlegt und damit das Thema in den internationalen Fokus rückt, findet der Harvard-Astrophysiker «immerhin ermutigend».

Auf der chinesischen Online-Plattform Weibo zeigen sich die Nutzer weniger diplomatisch. Dort wird Musks Weltraumprogramm mit Häme überzogen. Ein Nutzer unterstellt dem Tesla-Gründer, der US-Regierung mit seiner Firma SpaceX «amerikanische Waffen für den Weltraumkrieg» zu liefern.

Dem exzentrischen Unternehmer eine absichtliche Konfrontation mit dem Reich der Mitte zu unterstellen, ist aber abwegig. Wenige Stunden vor dem ersten «Beinahe-Crash» im Weltraum schickte Musk via Twitter noch eine freundschaftliche Botschaft an die Chinesen: Er lobte die Kommunistische Partei anlässlich ihres 100-jährigen Jubiläums dafür, das Land zu «unglaublichem» Wohlstand geführt zu haben.